

Dr. Dietmar Bartsch
Bundesgeschäftsführer

Karl-Liebknecht-Haus
Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin

Telefon: 030 / 24009 520
Fax: 030 / 24009 310

bundesgeschaeftsfuehrer@die-linke.de
www.die-linke.de

Petitionsgemeinschaft Gretchenfrage

via Email: gretchenfrage@volksgesetzgebung-jetzt.de

Berlin, 16. September 2009

Sehr geehrte Damen und Herren der Petitionsgemeinschaft Gretchenfrage,
liebe Aktivistinnen und Aktivisten,

wie Ihnen bekannt ist, hat bereits die damalige PDS, und nicht weniger in der jetzigen
Legislaturperiode DIE LINKE, mit aller Konsequenz und wiederholt die Einführung einer dreistufigen
Volksgesetzgebung eingefordert.

Unsere Positionen decken sich dort völlig mit denen Ihrer Initiative und sind und bleiben eindeutig:

„Die machen ja doch, was sie wollen“ – mit der Betonung auf „sie“ fasst diese populäre Meinung eine
weit verbreitete Kritik am repräsentativen, parlamentarischen System zusammen. Einmal in vier
Jahren gewählt, können Parlament und Regierung – von Meinungsumfragen abgesehen – fast
ungestört von Wählerinnen und Wählern weit reichende Entscheidungen für deren Gegenwart und
Zukunft treffen. Stabile Mehrheitsmeinungen in der Bevölkerung zum Beispiel gegen Krieg oder
Militäreinsätze können die Regierungspolitik unmittelbar nicht beeinflussen.

CDU/ CSU und SPD halten diese geringen Einflussmöglichkeiten für eine wesentliche Voraussetzung
für die Stabilität des politischen Systems. Und schon die Entwicklung eines Vier- und jetzt Fünf-
Parteiensystems möchten viele aus ihren Reihen mit einer Änderung des Wahlrechts kontern.
Sinkende Wahlbeteiligung und so genannte Politikverdrossenheit sind auch Ergebnis vollkommen
ungenügender Einflussmöglichkeiten auf politische Entscheidungen.

Die repräsentative, parlamentarische Demokratie ist weder das letzte Wort des Grundgesetzes noch
der Demokratie-Geschichte. Sie ist zu verbessern und weiter zu entwickeln durch Einführung von
Elementen der direkten Demokratie und besserer Kontrollmöglichkeiten für Regierungshandeln.
Demokratie kann sich nicht in Wahlen erschöpfen. Das Grundgesetz bestimmt, dass das Volk seine
Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen ausübt (Art.20, 2). Diese Möglichkeiten gibt es in der
Bundesrepublik Deutschland aber nur auf kommunaler und Länderebene, auf Bundesebene praktisch
überhaupt nicht.

Die Einführung von Elementen direkter Demokratie können natürlich die politischen, sozialen und ökonomischen Mängel unserer Gesellschaft nicht beheben. Sie erweitern aber den Einfluss der Bevölkerung auf politische Entscheidungen – und das ist dringend notwendig.

Demokratie ist kein „fertiger“ Zustand; Demokratie muss Tag für Tag von Bürgerinnen und Bürgern gelebt werden, sie muss aber auch gelebt werden können: auf allen Ebenen und in allen Bereichen - europäische, internationale wie kommunale Ebene bis hin zur Wirtschaft in der Kommune.

Die Möglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger, die Politik direkt zu beeinflussen müssen deshalb erweitert und auch auf die Bundesebene übertragen werden.

Als wichtige Schritte dahin fordert DIE LINKE

- eine dreistufige Volksgesetzgebung. Dabei sollen nicht nur Gesetzesvorlagen, sondern ausdrücklich auch sonstige politische Entscheidungen der Bevölkerung zur Abstimmung und Einflussnahme vorgelegt werden.
- Direktdemokratische Instrumente müssen in allen gesellschaftlichen Bereichen eingeführt werden: Auf- und Ausbau demokratischer Strukturen und Einflussmöglichkeiten in Wirtschaft und Verwaltung, Bildungs- und Ausbildungsstrukturen;
- Ausweitung der Informationsrechte der Bevölkerung gegenüber Verwaltung, Arbeitgebern und Sicherheitsbehörden.

Diese Forderungen haben wir auch in unserem Wahlprogramm definiert.

Sie können davon ausgehen, dass DIE LINKE und deren Bundestagsfraktion in der 17. Wahlperiode wiederholt entsprechende parlamentarische Initiativen einbringen wird und die von Ihnen angekündigte Petition unterstützen wird.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Dietmar Bartsch
Bundesgeschäftsführer